EINLADUNG



Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem dieser Termin vom Februar in den März verlegt werden musste, lade ich Sie nun erneut sehr herzlich ein zum

66. Treffen des Hayek-Clubs Frankfurt am Main Montag, 14. März 2022, 19:00 – 22:00 Uhr

Dr. Kristina Schröder Bundesministerin a. D., Wiesbaden

"FreiSinnig. Politische Notizen zur Lage der Zukunft"

Vorstellung ihres neues Buches

im Gespräch mit

Prof. Dr. Gunther Nickel, apl. Professor für Neuere deutsche Literaturgeschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Gründungsmitglied des Hayek-Clubs Frankfurt

Villa Bonn, Siesmayerstraße 12, 60323 Frankfurt (U-Bahn-Station Westend, Parken: im Hof oder Parkhaus Palmengarten, Siesmayerstr. 61)

Programm:

19:00 Uhr Sektempfang im Speisesaal

19:30 Uhr Begrüßung Dr. Clemens Christmann

19:35 Uhr Dr. Kristina Schröder im Gespräch mit Prof. Dr. Gunther Nickel

20:30 Uhr Abendessen

21:00 Uhr Diskussion

22:00 Uhr Ausklang an der Bar

Gemäß Corona-Verordnung des Landes Hessen gilt die 3G-Regel. Falls sich daran etwas ändert, werden wir alle, die sich angemeldet haben, bis Mittwoch, 09.03.2022, informieren.

Bitte teilen Sie im Internet bis Donnerstag, 10.03.2022, mit, ob Sie teilnehmen oder absagen: https://www.hayek-frankfurt.de/clubtreffen-14-03-2022/

Der Teilnahmebeitrag für das Abendessen beträgt 38 Euro. Schüler, Auszubildende und Studenten zahlen nur 15 Euro. Stornierung: Bis Donnerstag, 14.03.2022, können Zusagen kostenfrei über die oben genannte Internetseite zurückgezogen werden.

Referentin:

Frau Dr. Schröder (44) studierte in Mainz Soziologie, Mittlere und Neue Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft. 2002 schloss sie ihr Studium als Diplom-Soziologin ab. 2009 wurde sie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz promoviert. Von 2002 bis 2017 gehörte die CDU-Politikerin dem Deutschen Bundestag an. Sie war ordentliches Mitglied im Innenausschuss und Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Islam, Integration und Extremismus. Von 2009 bis 2013 war sie Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Von 2011 bis 2017 engagierte sie sich als Präsidentin der ZNS - Hannelore Kohl Stiftung. Bei der Bundestagswahl 2017 kandidierte sie nicht mehr.

Seit 2017 ist sie Kolumnistin der Tageszeitung DIE WELT und seit 2018 geschäftsführende Gesellschafterin einer Consulting GmbH. Seit 2020 wirkt sie als ehrenamtliche Botschafterin der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Seit 2021 ist sie ehrenamtliches Mitglied der Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs im Bistum Mainz. Frau Dr. Schröder ist verheiratet und hat drei Kinder.

Über ihr neues Buch "FreiSinnig" heißt es auf der Internetseite des Verlags claudius: "Die offene Gesellschaft steht unter Druck. Gleichberechtigung wird immer öfter mit Gleichstellung verwechselt. Kulturelle Toleranz mit Verleugnung unserer Grundwerte. Debattenräume werden enger. Und in der Corona-Krise haben maßgebliche Akteure in Politik und Wissenschaft das fundamentale Prinzip der Verhältnismäßigkeit einem vermeintlich pandemischen Imperativ untergeordnet. Die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder plädiert dagegen meinungsstark für Freiheit und Verantwortung und überwindet damit die Sprachlosigkeit der bürgerlichen Mitte. Eine lebensnahe liberal-konservative Agenda für die Zeit nach der MerkelÄra."

In einem Namensartikel von Frau Dr. Schröder in der Fuldaer Zeitung vom 8. Oktober 2021 schrieb sie: "Bereits vor der Pandemie haben wir zunehmend einen Staat akzeptiert, teilweise sogar gefordert, der auch in privateste Entscheidungen erwachsener Menschen erzieherisch eingreift. Im Namen der "Gleichstellung" werden bestimmte Konstellationen, wie Eltern untereinander Erziehungs- und Erwerbsarbeit aufteilen, als "veraltete Rollenbilder" diffamiert. Tatsachen wie die, dass Frauen hartnäckig andere Ausbildungen und Studienfächer bevorzugen als Männer, dass sie rund um die Geburt eines Kindes stärker dazu tendieren, Berufstätigkeit zeitweise zu reduzieren, und dass sie generell oft eine andere Vorstellung von einem guten Leben zu haben scheinen, werden als "falsches Bewusstsein" gedeutet. Und Männern wird kühl beschieden, als Mitglied des "Kollektivs Mann" teilweise deutlich geminderte Karriereperspektiven in Kauf nehmen zu müssen, weil schließlich andere Männer in der Vergangenheit tatsächliche oder vermeintliche Vorteile gehabt hätten.

Eine offene Debatte über derartige identitätspolitische Dogmen ist nicht leicht. Nicht aus rechtlichen Gründen, Artikel 5 unseres Grundgesetzes ist unangefochten. Aber Meinungsfreiheit bedeutet nicht automatisch Meinungsvielfalt. Immer mehr Menschen, die zweifelsfrei auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, schrecken davor zurück, in Sachen Identitätspolitik, Migration, Islam, Klimaschutz und seit anderthalb Jahren eben auch Pandemiepolitik bestimmte Positionen zu äußern. Shitstorms, öffentliche Verächtlichmachung und Ausschluss aus dem als legitim geltenden öffentlichen Diskurs haben natürlich ihre Wirkung – man muss eine starke Persönlichkeit sein, unter diesen Bedingungen standzuhalten. Manche, die sich getraut haben, distanzieren sich unter der Wucht der Anwürfe wieder, viele schweigen komplett.

In der Pandemie verstärkten sich diese Mechanismen noch einmal. Die altehrwürdige und demokratietheoretisch bedeutende Aufgabenteilung zwischen Wissenschaft und Politik, zwischen Tatsachenaussagen und Werturteilen, wurde bewusst verwischt. Aus der Wissenschaft fanden nur bestimmte Tatsachenaussagen Gehör, nämlich die (einiger) Virologen, Epidemiologen und Modellierer. Psychologen, Pädagogen und Ökonomen hatten mit ihren Einschätzungen über die Folgen der Maßnahmen wenig zu melden. Gleichzeitig überschritten einige Wissenschaftler die Grenze und stellten ihre persönlichen Werturteile, was politisch zu tun sei, als "pandemischen Imperativ" dar. Teile der Politik griffen dies dankbar auf, verwiesen auf "die Wissenschaft" und setzten so die harte deutsche Linie durch. Europaweit mit die längsten Schulschließungen für unsere Kinder waren die Folge, ein sprunghafter Anstieg schwerwiegender psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen bis hin zur Suizidalität ist die bittere, aber absehbare, Konsequenz.

Wollen wir eine offene und freie Gesellschaft bleiben, werden wir wieder lernen müssen, abzuwägen. Es gibt keinen risikofreien Weg. Verantwortung übernimmt nicht der, der versucht, auch noch das kleinste Risiko auszuschließen, koste es, was es wolle. Sondern der handelt verantwortungsvoll, der bereit ist, kleine kalkulierbare Risken einzugehen, um so ein möglichst freies und lebenswertes Leben zu ermöglichen."

Referent:

Prof. Dr. Gunther Nickel, geb. 1961 in Wiesbaden, hat Germanistik und Musik an der Universität Oldenburg studiert. Dort wurde er im Jahr 1995 mit einer Arbeit über den Theaterkritiker und Publizisten Siegfried Jacobsohn promoviert. Danach war er acht Jahre lang Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Handschriftenabteilung des Deutschen Literaturarchivs Marbach, wo er u.a. für die Deutsche Klassik zuständig war. Herr Prof. Nickel wurde im Jahr 2003 an der Universität Mainz habilitiert, wo er seitdem lehrt und forscht. Hauptberuflich ist er als Lektor und stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Literaturfonds e.V. in Darmstadt mit der Förderung deutscher Gegenwartsliteratur beschäftigt. Seine wissenschaftlichen Meriten hat er sich vor allem, aber keineswegs ausschließlich als Editionsphilologie erworben, u.a. mit der editorischen Erschließung der Nachlässe von Carl Zuckmayer und Peter Hacks.

Wenn Sie weitere freiheitlich gesinnte Bürger kennen, die möchten, dass wir ihnen Einladungen zu Treffen des Hayek-Clubs senden, dann übermitteln Sie bitte deren Kontaktdaten.

Wenn Sie keine Einladungen mehr erhalten möchten, geben Sie mir bitte einen Hinweis.

Mit besten Grüßen Ihr Clemens Christmann

Vorsitzender Hayek-Club Frankfurt am Main e. V.